

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

15.06.2023

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
EU Stabilitäts- und Wachstumspakt: Reformvorschläge der Kommission	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	2
EP: Entschließung zu neuen Eigenmitteln für den EU-Haushalt	2
AdR: Zwischenbericht zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU	3
AdR (II): Stellungnahme zur Kohäsionspolitik	4
Wettbewerb: Hauptstadt des intelligenten und grünen Tourismus 2024	4
Energie, Klima und Umwelt	5
Förderaufruf: European City Facility geht in die fünfte Runde	5
Wirtschaft, Forschung und Innovation	5
Forschung und Innovation: Neue Förderaufrufe in Horizont Europa	5
Digitalisierung: Neue Förderaufrufe in „Digitales Europa“	6
Neues aus dem Europabüro	7
Dialog in Brüssel: Informationsreise des Europabüros 2023	7
Folgen Sie uns auf Twitter	8



Aktuelles aus der EU

EU Stabilitäts- und Wachstumspakt: Reformvorschläge der Kommission

Die Europäische Kommission hat am 26. April 2023 einen [Legislativvorschlag](#) (in englischer Sprache) für eine Reform der Regeln des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgelegt. Mit dem Vorschlag zielt sie darauf ab, die EU auf künftige ökonomische Krisen besser vorzubereiten, die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden zu verbessern und ein nachhaltigeres Wirtschaftswachstum zu fördern.

Hierzu soll den unterschiedlichen Gegebenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten stärker Rechnung getragen werden. Der Reformentwurf sieht vor, dass die Maastricht-Kriterien zum Schuldenstand von maximal 60 Prozent des BIP und zum gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit von jährlich maximal drei Prozent des BIP zwar grundsätzlich beibehalten werden. Mitgliedstaaten mit zu hohem Schuldenstand und jährlichem Defizit müssten ihre Nettoausgaben innerhalb von vier Jahren anpassen. Jedoch soll durch Ausnahmen für Investitionen unter anderem in Digitalisierung, Klimaschutz, Verteidigungspolitik oder zur Bewältigung demografischer Herausforderungen dieser Zeitraum verlängert werden können, sodass dem Mitgliedstaat mehr Zeit bleibt, um die Schuldenregeln wieder einzuhalten.

Die Kommission geht davon aus, dass das hiermit gestartete Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union noch vor der Europawahl 2024 abgeschlossen werden kann.

Hintergrund:

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein zentrales Instrument zur Sicherung der ökonomischen Basis in den Mitgliedstaaten für das Funktionieren der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Mit Hilfe des Paktes werden die Mitgliedstaaten der EU zu einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik angehalten, um im Zusammenspiel mit der auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) die Voraussetzungen für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum zu schaffen.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

EP: EntschlieÙung zu neuen Eigenmitteln für den EU-Haushalt

Das Europäische Parlament hat am 10. Mai 2023 eine [EntschlieÙung](#) zur Bewertung des EU-Haushalts angenommen und fordert darin neue Eigenmittel (direkte europäische Einnahmequellen).

Vor dem Hintergrund verschiedener Herausforderungen, wie der steigenden Inflation und dem zunehmenden globalen Wettlauf um saubere Energietechnologien, sehen die Abgeordneten eine Neubewertung des EU-Eigenmittelsystems als notwendig an. Zudem zeigen sich die Abgeordneten besorgt, dass ohne neue Eigenmittel die Rückzahlungen der Kredite inklusive Kreditkosten der „Next Generation EU“-



Programme vor dem Hintergrund steigender Zinsen nicht ohne Einschränkungen in anderen Bereichen möglich sein werden.

Um andere Investitionen und EU-Programme nicht zu gefährden, schlagen die Abgeordneten daher eine Reihe neuer Einnahmequellen für den europäischen Haushalt vor. Darunter gehören Unternehmenssteuern, eine Finanztransaktionssteuer, eine Steuer auf Krypto-Vermögenswerte, grüne Eigenmittel und auf Statistiken basierende nationale Beiträge. Unter letzterem ist zu verstehen, dass z. B. Mitgliedstaaten, die bestimmte Ziele in den Bereichen Soziales oder Umwelt nicht erreichen, mehr Geld in den Haushalt zahlen sollen. Dazu gehören nach der Entschließung des Parlaments insbesondere das Lohngefälle zwischen Mann und Frau oder die Recyclingquote von Bioabfall oder die Menge von Lebensmittelabfällen.

Das Parlament fordert die Kommission auf, Vorschläge bis spätestens zum Ende des dritten Quartals 2023 zu erarbeiten, wie diese Problematik gelöst werden kann. Des Weiteren setzt sich das europäische Parlament dafür ein, eine stärkere Rolle im Entscheidungsprozess zur Einführung von Eigenmitteln zu spielen.

AdR: Zwischenbericht zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU

Der Europäische Ausschuss der Regionen und Städte (AdR) verabschiedete am 24. Mai 2023 in einer [Stellungnahme](#) seinen Standpunkt zur Halbzeitüberprüfung für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR).

In der Stellungnahme gibt der AdR zu bedenken, dass der bestehende MFR 2021 bis 2027 vor Beginn des Kriegs in der Ukraine und der Corona-Pandemie aufgestellt wurde. Die hohe Inflation, die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten und die stark gestiegenen Energiekosten würden auch die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften vor große Herausforderungen stellen. Selbst in wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten könnten die notwendigen Investitionen von den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften oft nicht mehr aus eigener Kraft gestemmt werden. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der neuen Aufgaben für die Europäische Union seien zusätzliche Mittel erforderlich.

Nach Ansicht des AdR habe die Europäische Kommission in der Vergangenheit bei neuen politischen Maßnahmen hinsichtlich der Finanzierung pauschal auf die Regionalpolitik oder die Aufbau- und Resilienzfazilität verwiesen, ohne zu prüfen, ob die Mittel auf Grundlage der Programme bzw. Pläne für eine Finanzierung der Maßnahmen vor Ort zur Verfügung stehen. Der AdR regt daher an, dass bei neuen legislativen Vorhaben der EU von der Kommission geschätzt werden sollte, wie hoch die Kosten für die Umsetzung auf der zuständigen Ebene sind, ob auf nationaler Ebene dafür Kompensationsmechanismen vorhanden sind und in welchem Umfang Mittel aus dem MFR zum Ausgleich der Kosten beitragen werden.

Der AdR betont außerdem die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Erzielung eines wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts in allen Regionen und setzt sich für eine starke und verbesserte Kohäsionspolitik im künftigen MFR ein.



AdR (II): Stellungnahme zur Kohäsionspolitik

Der Europäische Ausschuss der Regionen und Städte (AdR) verabschiedete am 24. Mai 2023 die [Stellungnahme](#) „Dem Zusammenhalt nicht schaden – ein bereichsübergreifender Grundsatz zur Sicherung des Zusammenhalts als eines übergeordneten Ziels und Werts der EU“.

In dieser Stellungnahme setzt sich der AdR dafür ein, dass sich die Europäische Kommission verpflichtet, künftig bei allen EU-Gesetzgebungsprozessen auch eine territoriale Folgeabschätzung vorzunehmen. Bei neuen europäischen Initiativen solle die Kommission entsprechend erläutern, inwiefern die Initiative dem „Grundsatz, dem Zusammenhalt nicht zu schaden“ Rechnung trägt. Dabei sollte die Kommission entweder nachweisen, dass die Umsetzung der Initiative den Zusammenhalt in der Union nicht beeinträchtigt, oder aber darlegen, warum der potenzielle Schaden angesichts anderer Ziele gerechtfertigt ist.

Der AdR weist außerdem darauf hin, dass die Umsetzungen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit auf Mitgliedstaatsebene stark zentralisiert und die Regionen und Kommunen dazu nicht konsultiert worden seien. Der auf Multi-Level-Governance und Partnerschaft basierende Ansatz der Kohäsionspolitik müsse daher direkt in die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und ihr etwaiges Nachfolgeprogramm integriert werden.

Wettbewerb: Hauptstadt des intelligenten und grünen Tourismus 2024

Bis zum **5. Juli 2023** um 17.00 Uhr MESZ sind zwei Wettbewerbe für Städte im Bereich des intelligenten und nachhaltigen Tourismus geöffnet:

- ★ Städte mit mehr als 100.000 Einwohner können sich um den Titel „Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus 2024“ sowie
- ★ Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 25.000 und 100.000 um die Auszeichnung kleinerer Reiseziele mit dem Titel "Der Europäische grüne Pionier des intelligenten Tourismus 2024" bewerben.

Das Ziel des Wettbewerbs besteht darin, das Profil Europas als nachhaltiges Tourismusziel zu stärken und ein Netzwerk zum Austausch bewährter Verfahren zwischen europäischen Reisezielen aufzubauen.

Im Rahmen dieser Initiative werden diejenigen Städte ausgezeichnet, die die Jury durch den Zugang zu touristischen und gastgewerblichen Produkten, Dienstleistungen, Räumen oder Erfahrungen mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie überzeugen sowie die erfolgreichsten Strategien oder Maßnahmen zur Förderung des nachhaltigen Tourismus durch grüne Übergangspraktiken vorweisen können. Die Kriterien für die Bewerbungen sowie vertiefende Informationen zum Wettbewerb und den Gewinnern der letzten Jahre können [online](#) abgerufen werden.

Bei Rückfragen steht das zuständige Sekretariat zur Verfügung: info@SmartTourismCapital.eu.



Energie, Klima und Umwelt

Förderaufruf: European City Facility geht in die fünfte Runde

Bis zum **30. Juni 2023** um 17 Uhr können Anträge für eine Förderung aus der [European City Facility](#) gestellt werden. Diese unterstützt insgesamt 70 Städte (ohne Einwohnerbeschränkung) bei der Erstellung eines Investitionskonzeptes zur Umsetzung ihrer Klima- und Energiepläne mit pauschal 60.000 Euro.

Anträge können [online](#) über ein digitales Formblatt gestellt werden, wobei in dieser Auflage gemeinsame Bewerbungen mehrerer Städte begrüßt werden. Als Auswahlkriterien fungieren das Ambitionsniveau des geplanten Investitionskonzeptes, eine überzeugende Governance-Struktur, Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung sowie die generelle Kohärenz bzw. Überzeugungskraft des Vorhabens.

Weiterführende Informationen sind dem offiziellen [Förderaufruf](#), dem [Bewerberhandbuch](#) oder einem [FAQ](#) zu entnehmen (alle Dokumente auf Englisch).

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Forschung und Innovation: Neue Förderaufrufe in Horizont Europa

Im thematischen Teilbereich 5 „Klima, Energie und Mobilität“ des europäischen Forschungs- und Innovationsprogramms [Horizont Europa](#) sind aktuell verschiedene Förderaufrufe [geöffnet](#).

Dabei handelt es sich um 45 inhaltlich sehr spezifische Einzelaufträge mit einem Gesamtumfang von 420 Mio. Euro, die bereits im Arbeitsprogramm 2023/24 angekündigt worden waren (vgl. [Europa Info 10/2022](#), S. 10). Ein Großteil dieser Aufrufe entfällt auf den Teilbereich sichere und erneuerbare Energieversorgung ([HORIZON-CL5-2023-D3-02](#) und [HORIZON-CL5-2023-D3-03](#)) sowie auf den Teilbereich nachhaltige und intelligente Mobilität für Menschen und Güter ([HORIZON-CL5-2023-D6-01](#)). In Letzterem stehen u. a. die Themen vernetztes und automatisiertes Fahren sowie emissionsfreie bzw. multimodale Logistik im Fokus. Weitere Aufrufe sind der [Built4People](#)-Partnerschaft (Gebäudesektor) und der [Batt4EU](#)-Partnerschaft (Batterien) zuzuordnen.

Die Antragstellung erfolgt über das [EU Funding and Tenders](#)-Portal, wo die jeweiligen Ausschreibungstexte auch im Detail einsehbar sind. Bewerbungsfristen sind der **5. September 2023** und der **10. Oktober 2023**.

Horizont Europa richtet sich neben öffentlichen Einrichtungen auch an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen. Für eine Bewerbung sind meist europäische Konsortien mit mindestens drei voneinander unabhängigen Einrichtungen aus drei verschiedenen EU-Mitglied- oder assoziierten Staaten notwendig. Die Förderquote beträgt bis zu 100 %. Förderzusagen werden in einem intensiven Wettbewerbsverfahren nach Exzellenz des Vorhabens, Qualität der Bewerbung und Passgenauigkeit auf die Ausschreibung vergeben.



Das Europabüro unterstützt kommunale und regionale Akteure auf Anfrage gerne bei der internationalen Partnersuche und -vermittlung.

Weitere Informationen finden sich auf unserer [Homepage](#).

Digitalisierung: Neue Förderaufrufe in „Digitales Europa“

Die EU-Kommission hat im EU-Förderprogramm „[Digitales Europa](#)“ (DIGITAL) neue Förderaufrufe zur Stärkung digitaler Technologien und Kompetenzen mit einem Gesamtbudget von 122 Millionen Euro veröffentlicht (vgl. [Europa Info 03/2023](#), S. 12).

Bis zum **26. September 2023** können auf dem EU Funding and Tenders-Portal Anträge für Projekte in verschiedenen Schwerpunktbereichen eingereicht werden, darunter:

- ★ Online-Sicherheit und Desinformationsbekämpfung,
- ★ Energieeinsparungen,
- ★ Genomforschung,
- ★ Cloud-Infrastruktur und künstliche Intelligenz und
- ★ Förderung digitaler Kompetenzen.

Ein spezieller Teilbereich „Cybersicherheit und Vertrauen“ dient außerdem u. a. der Umsetzung der EU-Cybersicherheitsstrategie. Bis zum **6. Juli 2023** können hierunter auf dem EU Funding and Tenders-Portal ebenfalls Anträge für Vorhaben in den folgenden Schwerpunktbereichen eingereicht werden:

- ★ Aufbau von Kapazitäten der Security Operation Centers (SOCs) und
- ★ Mechanismus für Cybersicherheitsnotfälle.

Weiterführende Informationen finden sich in den [Arbeitsprogrammen für 2023/2024](#) sowie auf der [Informationsseite](#) der EU-Kommission in englischer Sprache.

Hintergrund:

Das Programm "Digitales Europa" konzentriert sich auf die Bereitstellung digitaler Technologien und richtet sich an Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Einrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den assoziierten Ländern. Es stellt strategische Mittel zur Verfügung und unterstützt Projekte in Bereichen wie Hochleistungscomputing, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, digitale Fähigkeiten und digitale Anwendungen in Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich digitaler Innovationszentren. Das Programm hat ein Gesamtbudget von etwa 7,5 Milliarden Euro und ist Teil des mehrjährigen EU-Finanzrahmens 2021-2027.

Neues aus dem Europabüro

Dialog in Brüssel: Informationsreise des Europabüros 2023



Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain organisierte am 23. und 24. Mai 2023 seine traditionelle jährliche Informationsreise nach Brüssel. Das Ziel dieser Reise bestand darin, kommunalen und regionalen Sachverstand in den direkten Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Institutionen bringen.

Auf dem Programm für die Delegation, bestehend aus rund 35 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Geschäftsführenden der regionalen Gesellschaften, standen verschiedene Gespräche und Diskussionsrunden u. a. mit dem hessischen Europastaatssekretär Uwe Becker, Europaabgeordneten, Mitgliedern der Europäischen Kommission sowie Verbänden. Der Fokus der Austauschrunden lag dabei vor allem auf den Themenkomplexen Energieeffizienz in Gebäuden und sichere, nachhaltige Energieversorgung.

Weitere Themenschwerpunkte der Gespräche bildeten die Zukunft der EU-Regionalförderung, die mögliche Ansiedlung der EU Anti-Geldwäschebehörde AMLA in Frankfurt, Neuerungen im Bereich des europäischen Beihilferechts sowie die Vorschläge der EU-Kommission zum Umgang mit Flucht und Migration.



Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 750 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower



@RegionFrankfurt

 **FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 13. Juni

Nicht nur [#Trinkwasser](#), sondern auch [#Badegewässer](#) werden durch EU-Rechtsakte geschützt. Passend zu den heißen Temperaturen sieht es laut EEA-Bericht über die [#Gewässerqualität](#) in Europa auch in [#FrankfurtRheinMain](#) ordentlich aus! Mehr: [eea.europa.eu/publications/e...@EUEnvironment](#)



The screenshot shows a tweet from FrankfurtRheinMain (@RegionFrankfurt) dated June 13th. The tweet text discusses water quality in Europe, mentioning EU regulations and a report from the EEA. It includes a link to the report and mentions @EUEnvironment. Below the text is a screenshot of a map of Europe with water quality data. The map shows various water bodies across Europe, with a legend indicating different quality levels. To the right of the map are statistics: 'Europe' with 'Number of bathing waters' (21,973) and 'Quality index (2022)' (14,632). Below the statistics is a donut chart showing the distribution of water quality indices and a bar chart showing the number of bathing waters by country.